

BESCHLUSSPROTOKOLL

zur **öffentlichen Sitzung (Hybrid) des Stadtteilbeirates Osterholz** am
Montag, 02. Mai 2022 von 18.30 bis 21.05 Uhr (Ende der Sitzung)

in der Aula der Gesamtschule-Ost, Walliser Straße 125, 28325 Bremen.

Sitzungsbeginn: 18.30 Uhr

Sitzungsende: 21.05 Uhr

Teilnehmer*innen:

Herr Conreder (online tg.)
Herr Dillmann
Frau Fischer (online tg.)
Frau Haase
Herr Haase
Frau Hofmann (online tg.)
Herr Hohn
Frau Klin Protokollantin
Herr Kocas
Herr Krauskopf
Herr Kuhlmann (online tg.)
Herr Last
Herr Massmann
Frau Osterhorn (online tg.)
Herr Schlüter Sitzungsleitung
Frau Schönfelder
Herr Sporleder
Frau Suchopar (online tg.)
Herr Wedler (online tg.)

entschuldigt:

Frau Dr. Dreizehnter, Geschäftsführung Gesundheit Nord gGmbH
Frau Pfeiffer (Leitung QBZ Blockdiek)
Herr Schleisiek (GEWOBA)
Herr Tasan (QM Schweizer Viertel)

unentschuldigt:

-/-

Gäste:

Herr Dr. Becker (Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, Abteilung 5 Kommunale Kliniken)
Frau Borsch (Geschäftsführung KBO)
Herr de Olano (SKB)
Frau Disveld
Frau Harnisch-Soller (GS-Leitung Pfälzer Weg)
Herr Hasemann (Stadtteilkurier- online tg.)
Frau Höpker (QM Tenever- online tg.)
Frau Kirsch (SKB- online tg.)
Frau Kemp
Herr Kunold (LLQ-Quartiersmanagement Blockdiek- online tg.)
Herr Leimbach (Gründungsbeauftragter der neuen GS, Standort Walliser Straße)
Frau Mörk (GS- Leitung Andernacher Straße- online tg.)
Frau Pleister (sachk Bürgerin des Beirates Osterholz)
Herr Rohdenburg (Betriebsrat KBO)
Herr Schmid (Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, Abteilung 5 Kommunale Kliniken)
Frau Sporer (QM Tenever- online tg.)
Frau Wedler (sachk Bürgerin des Beirates Osterholz)
Herr Wickboldt (Lehrer an der OS AES- online tg.)
3 sachkundige Bürgerinnen des Beirates Osterholz (online tg.)
4 Bürgerin des Stadtteils (online und Präsenz tg.)

Die Beiratssitzung findet als Hybrid Variante (online, Präsenz) und zusätzlich per Live Stream über die folgende Seite <https://www.unitylivestream.com/Livestream/ul-wt-26/index.html> statt. Herr Schlüter bedankt sich bei Herrn Naecker für die Nutzung der Räumlichkeiten, genauso bei der Technikfirma für die Unterstützung heute. Die 3G Regel wird eingehalten.

Der Beirat ist beschlussfähig.

Die Tagesordnung wird wie folgt einstimmig beschlossen:

Tagesordnung:

1. Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 21.3.2022 (ca. 5 min)
2. Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger (ca. 15 min)
3. Anpassung der Schulstandortplanung an die Bevölkerungsprognose bis 2030 für den Stadtteil Osterholz. Eingeladen: (ca. 45 min)
 - Herr de Olano, Die Senatorin für Kinder und Bildung, Abt. 5 Schul- und Kitabau
4. Gegenwart und Zukunft des Klinikums Bremen-Ost unter Einbeziehung der derzeitigen Situation rund um die Corona-Pandemie. Angefragt: (ca. 30 min)
 - Frau Borsch, Geschäftsführung Klinikum Bremen-Ost
 - Herr Rohdenburg, Betriebsrat Klinikum Bremen-Ost
 - Frau Dr. Dreizehner, Geschäftsführung Gesundheit Nord gGmbH
 - Vertreter*in der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz
5. Anträge; u. a. (ca. 5 min)
 - „Flextopf“ 300 € Pawel-Adamowicz-Fest
6. Mitteilungen des Ortsamtes (ca. 5 min)
7. Verschiedenes (ca. 5 min)

Zu TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 21.03.2022

Das Protokoll der Sitzung vom 21.03.2022 wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 2 Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger

Frau Suchopar fragt nach dem aktuellen Sachstand zu den Containern in der Neuwieder Straße. Der Mietvertrag ist zum Mai 2022 gekündigt worden. Es wird davon ausgegangen, dass es bei der Kündigung zum Mai bleibt und die Bewohner:innen nach und nach ausziehen werden. Der Beirat wäre allerdings grundsätzlich damit einverstanden, wenn die Nutzung der Container mit Geflüchteten noch verlängert wird (aufgrund der aktuellen Situation). Aber: Der Baubeginn des Neubaus der GEWOBA darf dadurch nicht beeinflusst werden!

An dieser Stelle wird von den Beiratsmitgliedern kritisch angemerkt, dass die Mischung der Menschen in der Turnhalle in der AES schlecht gewählt ist und das umgehend aufgelöst werden muss. Außerdem wird erneut auf die fehlende Beiratsbeteiligung hingewiesen. Die Kommunikation muss zwingend verbessert werden.

Frau Wedler fragt nach dem Sachstand zur Hundewiese an der Elisabeth-Selbert-Straße. Bislang hat das Ortsamt auf die vielen Anfragen bei SKUMS keine Antwort erhalten. Herr Sporleder informiert, dass Herr Kaal (Stadtplanungsamt-SKUMS) am 19.5. zur öffentlichen Bau-Ausschusssitzung kommen wird und dieses Thema auf der Tagesordnung steht.

Zu TOP 3 Anpassung der Schulstandortplanung an die Bevölkerungsprognose bis 2030 für den Stadtteil Osterholz.

Gäste:

- Herr de Olano, Die Senatorin für Kinder und Bildung, Abt. 5 Schul- und Kitabau

Herr de Olano stellt anhand einer Präsentation den aktuellen Sachstand dar.

Es handelt sich um ein Beteiligungsverfahren zur Anpassung der Schulstandortplanung für den Stadtteil Osterholz mit Frist bis zum 3.6.22.

Die Senatskommission Kita- und Schulbau koordiniert den Ausbau. Die Planungen, mit der Entwicklungsperspektive bis 2030, werden für alle öffentlichen allgemeinbildenden Schulen gemacht. Die Anpassung der schulischen Kapazitäten an die steigende Zahl der Schüler:innen, der Ausbau der inklusiven Beschulung im Bereich Wahrnehmung und Entwicklung und der Ganztagschulausbau sind die Entwicklungsziele. Die Prognosezahlen dienen der Orientierung und müssten, aufgrund vieler unterschiedlicher Faktoren, wie z. B. Neubaugelände oder auch Flüchtlingsgeschehen, immer wieder angepasst und überarbeitet werden. Alle Grundschulen sollen zum gebundenen Ganztagsausbau werden. Alle Oberschulen sollen zu teilgebundenen Ganztagschulen ausgebaut werden. In jeder Planregion soll es eine gebundene Ganztagschule geben, das ist für die Region Bremen-Ost die Gesamtschule-Ost. Im Bereich GS sollen dauerhaft 1.776 Schulplätze (von ursprünglich 1.404) geschaffen werden. Der Höchstbedarf wird im Schuljahr 2025 mit 1.624 Schüler:innen erwartet (in 2030= 1.448 GS-Kinder). Im Bereich OS sollen dauerhaft 2.460 Schulplätze (von ursprünglich 1.956) geschaffen werden. Nach Berücksichtigung der LSV-Inklusion stehen 2.298 Plätze für Regelschüler:innen zur Verfügung. Der Höchstbedarf wird im Schuljahr 2028 mit 2.179 Schüler:innen erwartet (in 2030= 2.176).

Anpassungsmaßnahmen für den Stadtteil Osterholz (Vorschläge):

GS Uphuser Straße

Ausbau zum gebundenen Ganztagsausbau (im Gebäudebestand umbauen, Standort bleibt, keine Ausweitung der schulischen Kapazitäten möglich, es wird genau geprüft, was für den Ausbau benötigt wird)

GS Düsseldorfer Straße

Ausbau von Drei- zur Vierzügigkeit (es wird genau geprüft, was für den Ausbau benötigt wird).

Campus Walseder Straße

Neubau GS mit einer Dreizügigkeit (anstatt 2-Züge)

Neubau OS

Städtische Fläche, unklar auf welche Seite die Sporthalle gebaut wird.

In ca. 6 Monaten könnten die ersten Planungen in dem zuständigen Fachausschuss vorgestellt werden.

OS Albert-Einstein-Schule

Ausbau von Vier- zur Fünfzügigkeit.

Fläche ist ausreichend vorhanden.

Standort in der Walliser Straße, ehemaliges Berufsschulgebäude

Aufgrund der bis 2025 steigenden Zahlen im GS-Bereich und der Tatsache, dass die eben genannten Neubauten/Umbauten bis dahin nicht umgesetzt werden, wird der Standort Walliser Straße für eine als neuer GS-Standort für das kommende Schuljahr genutzt. Die Grundschule wird als eigenständige GS und nicht als Dependence eingerichtet. Stand heute: als Vorgriff der neu zu gründenden GS Walseder Straße. Je nachdem wie sich die Schüler:innenzahlen in den nächsten Jahren entwickeln, wird über die Verstärkung der GS am Standort Walliser Straße neu entschieden werden.

Rückläufigkeit der Zahlen in % (keine Folie) bis 2030:

	Tenever	gesamt Osterholz
U 3- Bereich	- 25,3%	- 18,3%
Ü 3- Bereich	- 26,3%	- 17,3%
GS- Bereich	- 21,7%	- 5,1%
OS- Bereich	- 7,3%	- 11,6%

Herr Dillmann erwähnt, dass das Kollegium sich (Fachkräftemangel) immer mehr reduziert, die Geburten erhöhen sich. Jetzt wird mit Puffer geplant, das wird sich aber wahrscheinlich schnell auflösen. Der Abwärtstrend hat sich in der Vergangenheit nie bewahrheitet. Zur Uphuser Straße merkt er an, dass für den Ganztagsausbau eine Mensa-Lösung auf dem Gelände der Uphuser Straße benötigt wird, die Albert-Einstein-Schule wird bei dem Ausbau zur 5-Zügigkeit die Essensversorgung der Grundschüler:innen nicht mehr übernehmen können. Weiterhin fragt er nach, ob die bauliche Machbarkeit bei

den GS Düdo und Ebro schon geprüft worden sind. Wie weit sind die Planungen zur Abgrenzung GS und OS Walliser Straße und wann erfolgt die Feinplanung zu den Neubauten in der Walseder Straße.

Herr de Olano berichtet, dass zur Walseder Straße die Planungen auf der Grundlage der neuen Zügigkeit angepasst werden müssen. Zur Gestaltung des Außenbereich Walliser Straße wird es ein Konzept geben. Die Arbeitsgruppe wird sich diesbezüglich mit dem Beirat Osterholz in Verbindung setzen. Die Gebäude der GS Ebro sind so großzügig gebaut, dass eine 4-Zügigkeit kein Problem darstellt. **Herr Dillmann** erwähnt, dass die Versorgungssituation mit bedacht werden muss. Herr de Olano wird das als Prüfauftrag mitnehmen und uns eine Rückmeldung geben. Zur GS Düdo kann er keine Details nennen, hier muss erst einmal mit der Schule gesprochen werden. Zur GS Uphuser Straße wird sich ebenfalls eine Arbeitsgruppe mit dem Umbau befassen. Der Beirat Osterholz wird das Konzept, sobald es fertig ist, erhalten, so Herr de Olano.

Frau Mörk berichtet, dass sie eine neue Grundschule (Walliser Straße) sehr begrüßt und würde sich für die Zukunft wünschen, dass die Planungen für das kommende Schuljahr schon früher beginnen.

Herr Kunold begrüßt die Planungen, dass nicht auf Kante genäht wird. Die Kinderzahlen in den benachteiligten Gebieten werden mit Sicherheit nicht so weit sinken, wie angenommen. Das bittet er zu berücksichtigen. Auch die Variante, dass auf dem Gelände einer Grundschule ein Quartiersbildungszentrum ist, für weitere Neubauten mitgedacht werden sollte. Die Elternarbeit wird immer wichtiger. Die räumliche Nähe zur Grundschule ist positiv zu werten, direkte und kurze Wege für die Eltern. Wenn ein hoher Anteil von Migration vorliegt, dann gibt es auch automatisch einen hohen Bedarf an Elternbildung. Diese Idee sollte mit in die Stellungnahme einfließen, so **Herr de Olano**. An dieser Stelle erwähnt Herr Dillmann, dass es im Bereich Osterholz Süd (also GS Walseder Straße) kein Jugend-Freizeithem o.ä. gibt. Das sollte ebenfalls mitberücksichtigt werden.

Herr Leimbach (Gründungsbeauftragter der GS Walliser Straße) erwähnt, dass für das Kollegium es wichtig ist, dass die Grundschule eigenständig ist und auch bleibt.

Frau Disveld hat einige Nachfragen, z. B. ob nach ökologischen Aspekten gebaut wird, Schulhoftrennung Campus Walseder Straße und Standortverbleib GS an der Walliser Straße. **Herr de Olano** informiert, dass Neubauten nach Vorgaben für öffentliches Bauen entstehen. Die Sortierung der Baukörper (Walseder Straße) ist derzeit in Planung. Bis 2026 ist der Schulstandort Walliser Straße nicht gefährdet. Dann muss auf Grundlage der Schüler:innenzahlen die Lage neu bewertet werden. Die jetzigen Zahlen geben noch keine Grundlage für einen eigenen Standort auf Dauer her.

Herr Haase bedankt sich bei Herrn de Olano und bittet den Koordinierungsausschuss sich mit der Zeitplanung zur Stellungnahme in seiner Sitzung am 3.5.22 zu befassen. Die Stellungnahme soll auf der Beiratssitzung am 30.05.22 beschlossen werden.

Es wird eine 3-Minuten-Pause eingelegt.

Zu TOP 4 Gegenwart und Zukunft des Klinikums Bremen-Ost unter Einbeziehung der derzeitigen Situation rund um die Corona-Pandemie.

Gäste:

- Frau Borsch, Geschäftsführung Klinikum Bremen-Ost
- Herr Rohdenburg, Betriebsrat Klinikum Bremen-Ost
- Herr Schmid (Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, Abteilung 5 Kommunale Kliniken)
- Herr Dr. Becker (Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, Abteilung 5 Kommunale Kliniken)

Herr Schlüter begrüßt die Anwesenden und entschuldigt Frau Dr. Dreizehnter, Geschäftsführung Gesundheit Nord gGmbH. Außerdem freut er sich sehr über das neu entstandene Medicum Gebäude am KBO (Investitionsvolumen 14 Millionen €).

Frau Borsch informiert darüber was die Pandemie für das KBO bedeutet (hat). Derzeit finden noch Eingangskontrollen mit beschränkter Besucher:innenanzahl statt. Es ist davon auszugehen, dass dauerhaft mit dem Zustand „Pandemie“ umzugehen ist. Gibt es ein Ausbruchsgeschehen auf einer Station, sind diverse andere Bereiche mit beeinträchtigt und das Krankenhausgeschehen wird runtergefahren. Das Leistungsgeschehen ist und war in den letzten zwei Jahren stark eingeschränkt, was enorm viel Geld kostet. Das KBO steht aufgrund der Pandemie schlecht dar. Die GeNo ist ggü. allen KH- Standorten verpflichtet die vorhandenen Strukturen zu überarbeiten, nicht nur am KBO. Die Kran-

kenhauslandschaft wird sich den Trends anpassen (müssen), um zukunftssicher aufgestellt zu werden. Frau Borsch kann jetzt noch keine Details zur Neustrukturierung nennen, der Prozess findet derzeit statt.

Herr Schmid betont ebenfalls, dass es um eine Gesamtperspektive für die Krankenhäuser in Bremen geht. Die Krankenhausversorgung ist bundesweit im Umbruch. Die Pandemie hat einen sogenannten Ambulantisierungs-Schub mit sich gebracht, der die Versorgungsstrukturen anpassen wird (sinkende Fallzahlen, Fachkräftemangel). Das KBO als Standort wird es weiterhin geben. Es ist nur die Frage mit welchen Disziplinen und Schwerpunkten.

Herr Rohdenburg berichtet, dass die Chirurgie Ende 2019 neu aufgestellt worden ist und die „Bewährungsphase“ dann in die Pandemie Zeit gefallen ist. **Frau Borsch** informiert, dass in der Pandemie alle elektiven Maßnahmen im Lockdown-Zustand eingestellt worden und alle nicht lebensnotwendige Operationen bis heute immer wieder ausgesetzt werden.

Herr Schlüter fragt nach, inwieweit das Thema „Personal einsparen“ noch aktuell ist. Frau Borsch informiert, dass es sich hierbei um einen Prozess handelt, der langwierig ist, somit ist er nach wie vor aktuell.

Herr Dillmann betont, dass sich die Grundvoraussetzungen für die „Bewährungsphase“ der Chirurgie doch durch die Pandemie grundlegend verändert haben und das Berücksichtigung finden sollte.

Herr Schlüter kritisiert die nicht vorhandene Beteiligung des Beirates Osterholz an der Thematik. Die Informationen erhält der Stadtteil derzeit aus den Zeitungen. Wie kann eine Beteiligung des Beirates in Zukunft sichergestellt werden? Es kann nur kommuniziert werden was in den Gremien besprochen wird. Und dieser Prozess ist im Werden, so **Herr Schmid**. Es gibt noch kein abgestimmtes Zukunftskonzept. **Herr Dillmann** drängt auf eine Beteiligung des Beirates und nicht um eine Mitteilung an den Beirat. Weiterhin informiert er darüber, dass, sofern die Chirurgie am KBO geschlossen werden sollte, das KBO mit der Psychiatrie und Neurologie wieder in eine Zeit zurückversetzt wird, die zur Stigmatisierung des Stadtteils geführt hat. Das sollte vermieden werden. **Herr Schmid** macht deutlich, dass es hier um die Gesundheitsperspektive und nicht um die Stadtteilperspektive geht. Fälle werden zurückgehen, die Betten werden nicht ausgelastet sein, das war auch schon vor CORONA ein Problem. Es muss eine Anpassung an die Krankenhausversorgung 2030 geben.

Auf Nachfrage von Hr. Massmann und Hr. Krauskopf informiert **Frau Borsch**, dass die Bildungsakademie am KBO bleibt. Auch der Neubau der Psychiatrie ist derzeit in Abstimmung, ggf. würde dann ein Teil des Finnbahngelände dafür genutzt werden.

Herr Dillmann hat einen Beschlussantrag zur Zukunft des KBO eingebracht, dieser wird nicht mehr verlesen, die Abstimmung erfolgt, siehe TOP 5, einstimmig.

Der Beirat Osterholz wird weiterhin den Prozess beteiligen. Erwartet wird eine Beteiligung des Beirates Osterholz durch das Gesundheitsressort.

Frau Borsch informiert, dass eine Öffnung von der Finnbahn zum Karl-Heinz-Jantzen-Weg erfolgen wird.

Zu TOP 5 Anträge (u.a.), Flex-Topf 300€ Pawel-Adamowicz-Fest

Flex-Topf des Beirates (2021 und 2022):

- Pawel-Adamowicz-Fest **300€ Flex-Topf 2022**- Der Beirat stimmt einstimmig zu.
- Spielepunkte Osterh. Dorfstraße, Frau Marsal- Ergänzung **342,91 € Flex-Topf 2021**- Der Beirat stimmt einstimmig zu.

Es liegen insgesamt 6 Beschlussanträge vor, die aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr im Detail vorgelesen werden.

- Zukunft des Klinikum Bremen-Ost

Der Beirat Osterholz möge beschließen:

Die vergangenen zwei Jahre waren für viele Klinikstandorte stark von der Corona-Pandemie bestimmt. Geplante Behandlungen mussten abgesagt werden, da die vorhandenen Betten auf den In-

tensivstationen für schwere Covid-Verläufe genutzt werden mussten. Diese Zustandsbeschreibung gilt im besonderen Maße für das Klinikum Bremen-Ost (KBO), das durch die Pulmologie so zum Bremer Schwerpunkt Krankenhaus für Covid-Fälle geworden ist. Diese wichtige und notwendige Versorgung hat aber andererseits in den anderen Kliniken unseres Krankenhauses für erhebliche, aber **unvermeidbare**, Einnahmeausfälle gesorgt. Die bereitgestellten Ausgleichszahlungen decken leider die entstandenen Verluste bei weitem nicht ab. Dieses trifft auf das KBO im besonderen Maße zu, da den Ausgleichszahlungen Vergleichsjahre zu Grunde lagen, in denen ein Teil der Kliniken nicht praktiziert hat. Dies betrifft insbesondere die Allgemein-, Unfall- und Viszeralchirurgie. Diese Klinik hat erst wieder im Jahre 2019 ihren vollständigen Betrieb aufgenommen; nach der notwendigen Aufbauphase begann bereits die Corona-Pandemie mit den besonders negativen Wirkungen auf planbare Operationen. Dieser Zustand hat eine anvisierte sogenannte „Bewährungsphase“ für die Allgemein-, Unfall- und Viszeralchirurgie am Klinikum Bremen-Ost verunmöglicht. Zusätzlich haben unbesetzte Stellen im Bereich von Anaesthesisten und OP-PflegerInnen dazu geführt, dass zumeist nur die Hälfte der OP-Säle genutzt werden konnte, was die Situation noch verschlimmert hat.

Nunmehr war der Presse zu entnehmen, dass erneut über die Ausrichtung der einzelnen Krankenhäuser in Bremen diskutiert und entschieden werden soll. Für das Klinikum Bremen-Ost bilden die Kliniken für Anaesthesie, Dermatologie, Innere Medizin, Neurologie, Pulmologie im Verbund mit der Thorax-Chirurgie, Geriatrie, Psychiatrie und die Allgemein-, Unfall- und Viszeralchirurgie die Schwerpunkte. **Letztere Klinik ist aber auch Voraussetzung für eine sinnvolle Arbeit der Anaesthesie, der Dermatologie, der Inneren Medizin und der Pulmologie im Verbund mit der Thorax-Chirurgie.** Ohne eine funktionierende Allgemeinchirurgie würde die Innere Medizin beispielsweise nicht von Rettungswagen mit unklaren Krankheitsbildern angefahren! Auch dermatologische Eingriffe wären ohne Allgemeinchirurgie kaum möglich. Diese Liste lässt sich fortsetzen. **Deshalb wäre eine erneute Diskussion über den Verbleib der Chirurgie am Klinikum Bremen-Ost einem beginnenden Niedergang der gesamten Somatik am KBO gleichzusetzen.**

Die in den vergangenen Jahren mit **hohen Millionenbeträgen** erfolgten Sanierungen (Aufnahmestation, Erweiterung der Intensivstation auf 26 Betten, Schaffung eines Weaning-Bereichs, Reinstallation von Stroke-Betten, Aufnahme der Dermatologie mit Tagesklinik, Sanierung der Geriatrie (8. Ebene) sowie weiterer Stationen) wären hinfällig, wenn die Chirurgie am Standort keinen Bestand hätte.

Der Beirat Osterholz fordert deshalb die Geschäftsführung der GENO, des KBO, aber insbesondere die Senatorin für Gesundheit auf:

- Die **Chirurgie** am Standort KBO zu **stärken**, gezielt Behandlungsschwerpunkte zu stützen und eine **echte Bewährungsprobe zu ermöglichen**, in der planbare Operationen durchgeführt werden können.
- Stärkere Anstrengungen zu unternehmen, um **offene Stellen** im Bereich der Anaesthesie und der OP-Pflege **zu besetzen**.
- Die re-installierte **Stroke-Unit auszubauen**.
- Die geplante Infektionsstation, wie angedacht, umzusetzen.
- Die **Sanierung der Psychiatrie** – gegebenenfalls durch einen Neubau (das KBO verfügt im Gegensatz zu den meisten Bremer Kliniken über reichlich „Bauland“) – voranzutreiben.
- Zu prüfen – im Zusammenhang mit den Kostenträgern – ob ein neuer **Bereich zur Behandlung von Long-Covid-Fällen** eine sinnvolle Ergänzung darstellen könnte, denn die Corona-Pandemie wird voraussichtlich noch Jahre dauern.

Der Beirat Osterholz weist im Kontext der gesamtstädtischen Diskussion darauf hin, dass Überlegungen in Richtung einer rein neurologisch-psychiatrischen Klinik von ihm strikt abgelehnt werden. Der bis in die 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts vorhandene Zustand hatte zu einer lang anhaltenden Stigmatisierung der Klinik und des gesamten Stadtteils geführt. Zudem lehnt der Beirat Rückschritte in der Öffnung der Psychiatrie ab. **Der Beirat wünscht sich für den Standort des KBO eine Stärkung der Somatik unter Fortbestand einer sanierten Psychiatrie.**

Antrag wird einstimmig angenommen (Beschluss **Nr. 83-2022/20**. Legislaturperiode).

- Situation des Ote-Bads

Der Beirat Osterholz möge beschließen:

Der Beirat Osterholz begrüßt die nunmehr vollzogene Sanierung der Umkleide im Ote-Bad. Durch diese Maßnahme wird das Bad auch für die Zukunft attraktiver.

Der Beirat freut sich, dass die Frauen-Badetage bereits wieder aufgenommen wurden. Gleiches sollte in naher Zukunft für die Spiel- und Spass-Nachmittage für Kinder gelten. Der Beirat nimmt darüber

hinaus erfreut zur Kenntnis, dass die Öffnungszeiten für die Öffentlichkeit nunmehr wieder bestehen. Allerdings sind die aktuellen Öffnungszeiten (Mo. 13-16 Uhr; Di. 15-21 Uhr; Mi. 8-21 Uhr; Sa. 8-12 Uhr) ein Rückschritt gegenüber den Zeiten vor der Corona-Pandemie. Dieses lässt sich einerseits durch fehlendes Personal nachvollziehen, auch vermehrte Ausfälle durch Isolation bei bestehender Covid-Erkrankung spielen eine Rolle. Der Beirat Osterholz erwartet, dass die Geschäftsführung vermehrte Anstrengungen zur Anstellung von zusätzlichem Personal unternimmt, sodass die Öffnungszeiten mindestens wieder auf das Niveau vor der Pandemie angepasst werden. Dieses gilt insbesondere für die von Familien genutzte Badezeit am Sonntag.

Der Beirat erinnert in diesem Zusammenhang auch an massive Bewegungsdefizite, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, die im Zusammenhang mit der Pandemie entstanden sind.

Antrag wird einstimmig angenommen (Beschluss **Nr. 84-2022/20**. Legislaturperiode).

- Ergänzung von § 9 Abs. 1 Nr. 3 Beirätegesetz (Nachpflanzungen Bäumen und Büschen)

Der Beirat Osterholz möge beschließen:

§ 9 Abs. 1 Nr. 3 Beirätegesetz ist entsprechend zu ergänzen.

„Der Vollzug von Auflagen im Zusammenhang mit Baugenehmigung von Gebäuden hinsichtlich Nachpflanzungen von Büschen und Bäumen ist dem jeweils örtlich zuständigen Ortsamt anzuzeigen.“

Begründung:

Durch die in den letzten Jahren und Jahrzehnten verstärkt stattfindende Bautätigkeit ist festzustellen, dass im Zusammenhang mit Neubauvorhaben eine Vielzahl von Fällgenehmigungen erteilt werden. In diesem Zusammenhang werden von der fachlich zuständigen Behörde häufig Auflagen für Nachpflanzungen erteilt. Der Vollzug dieser Nachpflanzungen ist der zuständigen Behörde (Baugenehmigungsbehörde) anzuzeigen. Mit der Ergänzung des Beiratsgesetzes soll sichergestellt werden, dass der Vollzug der Nachpflanzungen nicht nur der Baubehörde, sondern auch dem örtlich zuständigen Ortsamt mitgeteilt wird. So ist zumindest die Möglichkeit gegeben, festzustellen, ob tatsächlich Nachpflanzungen stattfinden. Selbstverständlich bleibt hiervon die sachliche Zuständigkeit des Umweltressorts und der Ordnungsbehörden für den Vollzug der Auflage unberührt.

Antrag wird einstimmig angenommen (Beschluss **Nr. 85-2022/20**. Legislaturperiode).

- Finanzieller Ausgleich für die Teuerungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie sowie der derzeitigen Inflation auch für Rentnerinnen und Rentner, Pensionäre und auch Menschen mit Beeinträchtigungen

Der Beirat Osterholz möge beschließen:

Der Beirat Osterholz bittet den Senat, einen finanziellen Ausgleich für die Teuerungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie sowie der derzeitigen Inflation auch für Rentnerinnen und Rentner, Pensionäre und auch Menschen mit Beeinträchtigungen zu finanzieren und zeitnah zur Auszahlung zu bringen.

Begründung:

Die neue Bundesregierung sowie der Bundestag haben vor kurzem eine Unterstützung von weiten Teilen der Bevölkerung beschlossen, die insbesondere durch die Verteuerung von Energie, aber auch Lebensmitteln im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, aber auch der derzeitigen Inflation entstanden ist. Dies betrifft vor allen Dingen Bürgerinnen und Bürger, die in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, Sozialhilfeempfänger und auch Rentner in der Grundsicherung. Rentner*innen und Pensionäre, die knapp über dieser Summe sind, bekommen jedoch keinerlei finanziellen Ausgleich trotz der Teuerungen und Inflation, die auch diese Personengruppen zu verkraften haben. Ebenso sind bei der derzeitigen Regelung Menschen mit Beeinträchtigungen insgesamt nicht erfasst.

Der Beirat sowie das Ortsamt bitten daher den Senat, entweder selbst für einen finanziellen Ausgleich zu sorgen oder sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die entsprechenden gesetzlichen Bundesregelungen nachgebessert werden, um eine Gleichbehandlung auch der Rentnerinnen und Rentner sowie Menschen mit Beeinträchtigungen herzustellen.

Antrag wird einstimmig angenommen (Beschluss **Nr. 86-2022/20**. Legislaturperiode).

- Zur Aufnahme von Geflüchteten in zwei Sporthallen als Notunterkünfte

Der Beirat Osterholz möge beschließen:

Der Beirat Osterholz betont noch einmal seine Bereitschaft, die Aufnahme von Geflüchteten im Stadtteil zu unterstützen.

Hierfür bedarf es der lückenlosen Kommunikation zwischen dem zuständigen Sozialressort, dem Ortsamt und dem Beirat als stadtteilpolitischem Gremium. Es sind die Mitglieder des Beirats, die in der Regel von Bürgerinnen und Bürgern um Information gebeten werden. Deshalb muss auch jede Änderung der Planungen dem Beirat umgehend mitgeteilt werden.

Aktuell sind in Osterholz zwei Sporthallen als Notunterkünfte belegt worden, eine dritte wird möglicherweise folgen. Die Kriterien, nach denen eine Belegung erfolgte wurden dem Beirat erst auf Nachfrage mitgeteilt. Das ist weder eine ordnungsgemäße Beteiligung noch eine Befriedigung des Informationsrechts.

So erfuhren die Mitglieder des Beirats nicht aus dem zuständigen Ressort von der Belegung der Sporthalle der Albert-Einstein-Oberschule nicht nur mit überwiegend geflüchteten Frauen und Kinder aus der Ukraine, sondern zur Hälfte auch mit Menschen aus zahlreichen anderen Ländern, darunter auch alleinstehende Männer. Dies führte zu Problemen, die inzwischen über die Medien bekannt wurden.

Der Beirat fordert, zukünftig besonders schutzbedürftige Gruppen durch eine sensiblere Belegung der Notunterkünfte besser zu stellen. In Osterholz wäre das bei der derzeitigen Belegung von zwei Hallen sicher möglich gewesen.

Die Situation in der Halle der Albert-Einstein-Oberschule muss sofort verbessert werden: So muss durch Sichtschutz-Maßnahmen ein Minimum an Privatsphäre hergestellt werden. Die gemeinsame Einquartierung von derart unterschiedlichen Gruppen in derselben Halle ist nach Überzeugung nicht nur des Osterholzer Beirats – entgegen der in der Presse wiedergegebenen Auffassung eines Vertreters des Roten Kreuzes - völlig unzumutbar.

Ebenso müssen umgehend Waschmaschinen und Trockner zur Verfügung gestellt werden. Zur Zeit sind die Menschen gezwungen ihre Wäsche in Waschbecken zu reinigen und anschließend auf Heizkörpern zu trocknen.

Die Menschen sind jetzt schon länger in den beiden Notunterkünften untergebracht als geplant. Und ein Umzugstermin in die Zelte in der Überseestadt ist noch nicht bekannt. Deshalb muss ein Mindeststandard an Fürsorgemaßnahmen gewährleistet sein.

Antrag wird einstimmig angenommen (Beschluss **Nr. 87-2022/20**. Legislaturperiode).

- Personelle Unterstützung der Arbeit in den Notunterkünften im Stadtteil Osterholz

Der Beirat Osterholz möge beschließen:

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport wird gebeten, für folgende Unterstützung der Arbeit in den Notunterkünften in Osterholz eine Stelle zu schaffen bzw. weitere finanzielle Mittel bereitzustellen: Eine fest installierte Beratung in den Unterkünften durch qualifiziertes Fachpersonal zu den Themen Schule, Kita, Arbeitssuche, Meldeangelegenheiten und behördliche Verfahrenswege.

Begründung:

In Gesprächen mit den Zuständigen der Johanniter (NUK in der BSA Blockdiek) stellte sich der Bedarf einer entsprechenden Beratungsmöglichkeit heraus. Diese fachlichen Fragen können aufgrund der Komplexität der Aufenthaltssituation nicht von den Mitarbeitenden der Hilfsorganisation beantwortet werden. Hintergrund ist unter anderem, dass Geflüchtete nicht verpflichtet sind, sich an offizieller Stelle anzumelden. Es kommen Menschen auch direkt in die Unterkünfte, ohne zuvor in der Zentralen

Aufnahmestelle (ZAST) registriert worden zu sein. Es besteht hauptsächlich der Wunsch, die Einrichtung schnellstmöglich zu verlassen und eine Arbeit aufzunehmen, um nicht von Transferleistungen abhängig zu sein. Weiterhin sind Fragen zur rechtlichen Situation von aus der Ukraine Geflüchteten zu klären, die keine ukrainische Staatsangehörigkeit besitzen, weil sie beispielsweise als Studierende dort lebten.

Zusätzliche Schwierigkeiten bereiten den Hilfsorganisationen die Sprachbarriere sowie die deutliche Traumatisierung der Geflüchteten, hauptsächlich Frauen mit Kindern. Das Projekt „Ankommen im Quartier“ hat sich in diesem Bereich bereits bewährt. Eine Aufstockung der Beratungsstunden oder die Einrichtung einer neuen Stelle für ein Beratungsangebot vor Ort zweimal wöchentlich für 1 bis 3 Stunden reihum in jeder Notunterkunft erscheint den Beteiligten notwendig.

Antrag wird einstimmig angenommen (Beschluss **Nr. 88-2022/20**. Legislaturperiode).

Stadtteilbudget Bau:

Folgende Ausgaben aus dem Stadtteilbudget Bau werden einstimmig genehmigt:

- Finanzierung des Fahrradweges vor dem Medicum (15.000€)
- Finanzierung des Weges beim Spielplatz Remscheider Straße (10.000€)

Zu TOP 6 Mitteilungen des Ortsamtes

Herr Schlüter verweist auf die E-Mails.

Zu TOP 7 Verschiedenes

Herr Schlüter schließt die Sitzung um 21.05 Uhr.

Bremen, 03. Mai 2022

gez. Ulrich Schlüter
(Sitzungsleitung)

gez. Wolfgang Haase
(Beiratssprecher)

gez. Vanessa Klin
(Protokollantin)